

Steuersünder lassen sich mit Strafen und Kontrollen nicht erziehen

# Die Versuchung, keine Steuern zu zahlen

Von Erich Kirchner

- Serviceleistung der Behörde fördert Kooperationswillen.
- Nicht jede fehlerhafte Angabe ist Absicht.

**Wien.** In welchen Parteiprogrammen fehlt vor den Wahlen nicht die Absicht, in Zukunft die Steuern zu senken? Bürger klagen über Abgaben, Gebühren und Beiträge an den Staat, die Länder und Kommunen. Gleichzeitig werden öffentliche Güter selbstverständlich eingefordert und Reduktionen bestenfalls widerwillig hingenommen.

Das Bestreben, die Steuerlast zu lindern, ohne öffentliche Güter nachhaltig zu kürzen, kann eigentlich nicht erfolgreich umgesetzt werden – jedenfalls kaum in einem von den Bürgern spürbaren Ausmaß.

**Auf Kosten der anderen** Steuerpflichtige befinden sich in einem „sozialen Dilemma“: Der individuelle Profit wird maximiert, wenn einer oder wenige von ihnen entscheiden, nicht zu zahlen, aber der Großteil seinen Anteil abführt.

Eine derartige auf individuellen Gewinn ausgerichtete Entscheidung der Mehrheit der Steuerpflichtigen würde allerdings für alle zum Nachteil gereichen.

Was kann der Staat also tun, wenn das Risiko besteht, dass seine Bürger eigennützig die Kooperation mit der Gemeinschaft aufkündigen? Ist die Bereitschaft, Steuern nach dem Gesetz zu entrichten, in Frage gestellt, müssen Kontrollen durchgeführt und Sanktionen für Fehlverhalten



Viele Steuerzahler fühlen sich vom Staat ausgenommen. Foto: bilderbox

ten gesetzt werden, um die Kooperation zu erzwingen.

In der Ökonomie werden zahlreiche Studien durchgeführt, die die Relevanz von Kontrollen und Strafen prüfen. Die Befunde sind ernüchternd: Falls Kontrollwahrscheinlichkeit und Strafausmaß überhaupt den theoretischen Überlegungen entsprechend wirksam sind, dann nur in geringem Ausmaß. Warum sind Kontrolle und Strafe also nicht derart „erzieherisch“ wirksam, wie vermutet wird?

## Fairness statt Strafen

In der Verhaltensökonomie wird argumentiert, dass Steuerpflichtige nicht notwendiger Weise extensiv überlegen, wie sie ihren egoistischen Nutzen maximieren, sondern häufig bereit sind zu kooperieren – auch dann, wenn sie dabei ihren persönlichen finanziellen Gewinn nicht optimieren.

Kooperationswille wird gefördert, wenn die Interaktion zwischen Steuerbehörden und Steuerpflichtigen als fair wahrgenommen wird und der Staat das Vertrauen der Bürger genießt.

Undifferenzierte Kontrollen und Strafen würden diesem Vertrauensklima schaden und den Kooperationswillen korrumpieren.

Wenn Steuerbehörden annehmen, dass Steuerpflichtige ihre Abgaben nicht korrekt entrichten wollen und deshalb als „Polizisten“ die „Räuber“ jagen, führt das Misstrauen auch zu Misstrauen bei den Bürgern.

## Katz-und-Maus-Spiel

Das verstärkt deren Überlegungen, wie die eigenen Beiträge auf legale oder illegale Weise reduziert werden könnten, was wiederum durch die Behörde unterbunden werden muss.

Der Prozess, der ausgelöst wird, gleicht einem „Katz-und-Maus-Spiel“. Auch scharfe, undifferenzierte Kontrollen der Steuerpflichtigen können negative Folgen haben, weil Steuerpflichtige auf das Misstrauen mit dem Verhalten reagieren, das ihnen unterstellt wird. Statt kostspieliger Kontrollen und Strafen sollte alles unternommen werden, um die Einstellung der Bürger zum Staat zu

fördern, damit die korrekte Entrichtung von Abgaben freiwillig erfolgt.

Wenn Behörden ihre Aufgabe darin sehen, Serviceeinrichtung für ihre Kunden zu sein und inkorrekte Angaben bei der Steuerklärung nicht notwendigerweise als Betrugsabsicht der Steuerpflichtigen interpretieren, dürfte das die freiwillige Kooperation fördern. Das heißt, dass nicht abgewogen wird, unter welchen Bedingungen der eigene Nutzen am höchsten ist, sondern dass spontan der entsprechende Beitrag an die Gesellschaft geleistet wird. ■

*Erich Kirchner ist stellvertretender Vorstand des Institutes für Wirtschaftspsychologie, Bildungspsychologie und Evaluation an der Universität Wien.*

## ■ Buchtipp

Erich Kirchner  
**The economic psychology of tax behaviour**  
Verlag, Cambridge University Press, 264 Seiten

## ■ Amtlich

Am 14. Mai 2007 ist erschienen:

**Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich**

Teil II/Nr. 111

111. Verordnung: Förderungsstipendien-Verordnung 2007.

Am 15. Mai 2007 ist erschienen:

**Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich**

Teil II/Nr. 112

112. Verordnung: Hochschul-Zulassungsverordnung – HZV.

Beziehen Sie die gedruckte Ausgabe des Bundesgesetzblattes im Jahresabonnement oder im Einzelverkauf bei:

Wiener Zeitung  
Digitale Publikationen,  
Frau Ilse Preyer  
(Tel.: 01/206 99/DW 295,  
E-Mail: i.preyer@wienerzeitung.at)

Im Internet:  
<http://www.bgb.at>

## Aus dem Ministerrat



■ In der 14. Sitzung des Ministerrats am Mittwoch wurden unter anderem folgende Berichte zustimmend zur Kenntnis genommen:

**Bericht des Innenministers** über die Gesetzesinitiative gegen Gewalt im Zusammenhang mit Sportgroßveranstaltungen. Das Gesetz, das seit etwa einer Woche in Begutachtung ist, sieht eine polizeiliche Meldepflicht von Besuchern einer großen Sportveranstaltung à la Euro 2008 vor, die bereits im Zusammenhang mit einer anderen Sportgroßveranstaltung straffällig geworden sind. Kommt der Besucher der Meldepflicht nicht nach, muss er damit rechnen, aus Präventionsgründen festgenommen zu werden.

**Gemeinsamer Bericht des Bundeskanzlers, der Außenministerin und des Umweltministers** über die Stellungnahme des Verfassungsdienstes und des Völkerrechtsbüros zum Melker Prozess. Diese bescheinigt Österreich nur geringe Sanktionsmöglichkeiten, wenn Tschechien die völkerrechtlichen Verpflichtungen für die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Temelin nicht erfüllt. Laut Stellungnahme muss die Bundesregierung Tschechien notifizieren, dass die Sicherheitsgarantien noch nicht erfüllt sind.

**Bericht der Außenministerin** über das Abkommen zwischen Österreich und der Energiegemeinschaft über den Amtssitz der Energiegemeinschaft. Dieser wird nämlich ab 1. Juli offiziell Wien sein. Die Energiegemeinschaft besteht aus den Staaten Südosteuropas, die nicht zur Europäischen Union gehören, sowie aus Bulgarien und Rumänien. Ihr Ziel ist es, ihren Energiemarkt mit dem der EU zusammen zu führen.

**Bericht der Außenministerin** über das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Österreich und Israel. Dieses wird dahingehend abgeändert, dass Künstler und Sportler, die von einer nicht gewinnorientierten Einrichtung gefördert werden, in Zukunft im Wohnsitzstaat besteuert werden. ■

## Wenn falscher Rat teuer kommt

■ Beraterhaftung birgt großes Risiko.

**Wien.** (sd) „Wie die Maus vor der Katze, so fürchtet sich der Rechtsanwalt vor der Haftung“. Mit diesem Satz spricht Gerhard Benn-Ibler, der Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages (Örak), eine große Angst an – nicht nur von Rechtsanwälten.

Haftungsfragen bei falschem Rat machen auch Steuerberatern, Coaches, Kommunikationsberatern und Mediatoren Sorgen – und das zu Recht, wie Benn-Ibler findet.

## Strenge Judikatur

Das Problem ist, dass der Gesetzgeber einen großen Spielraum offen lässt, erklärt der Zivilrechtsexperte Martin Schauer. Und laut Benn-Ibler geht die Judikatur sehr streng mit den Beratern um: „Die Sorgfaltspflichten werden sehr großzügig ausgelegt“, meint der Örak-Präsident.

Die hohen Anforderungen würden sich zu seinem Bedauern jedoch selten in der Honorarhöhe der Bera-

ter widerspiegeln. Dazu kommt, dass ein Berater selbst nach dreißig Jahren noch auf Schadenersatz wegen falschen Rates geklagt werden kann.

Wie kann man sich also vor der „Monsterhaftung“ schützen?

„Mein Rat lautet versichern, versichern, versichern – und das möglichst hoch“, gibt der Rechtsanwalt Wolfgang Völkl den Beratern mit auf den Weg.

Gemeinsam mit seinem Sohn Clemens Völkl hat er ein Handbuch zur Beraterhaftung verfasst, das als Prophylaxe dienen soll.

Völkl Junior hatte bei der Buchpräsentation am Dienstagabend dann noch einige beruhigende Worte parat: „Irren ist menschlich“, meinte er und „auch der Sorgfältigste macht einmal einen Fehler.“ ■

## ■ Buchtipp

Wolfgang Völkl/  
Clemens Völkl  
**Beraterhaftung**  
Manz Verlag,  
358 Seiten, 79 Euro

## ■ Karrieren

**CAT:** Seit Mai 2007 gibt es eine neue, rein weibliche Geschäftsführung beim City Airport Train (CAT): Neben Doris Pulker-Rohrhofer übernimmt **Elisabeth Landrichter** (39) die Position der Geschäftsführerin.



CAT-Geschäftsführerin Elisabeth Landrichter. Foto: cat

**Infineon:** Der Aufsichtsrat der Infineon Technologies AG hat **Reinhard Ploss** mit Wirkung vom 1. Juni zum Mitglied des Vorstands bestellt. Ploss wird die Bereiche der Frontend-Fertigung für Advanced Logic und Power Logic, der Backend-Fertigungen, der Logistik und des Qualitätsmanagements verantworten.

**Hübner&Hübner:** **Brigitte Stehlik** ist die neue Leiterin des Teams Freie Berufe bei der Steuerberatungskanzlei Hübner&Hübner.

**Hilton:** **Stephan Reiter** hat als neuer Direktor die Leitung des Kongresshotels Hilton Vienna Danube übernommen.

**Allianz:** Ab sofort wird der Bereich Informationstechnologie in der Allianz Gruppe in Österreich von **Karl Schwendenwein** geleitet, der bislang Leiter der Informationsverarbeitung war. ■



Neuer Bereichsleiter Karl Schwendenwein. Foto: allianz